



Die Israel-Boykottbewegung (BDS)¹

Alter Hass in neuem Gewand

Alex Feuerherdt

Zitation: Feuerherdt, Alex (2023): Die Israel-Boykottbewegung (BDS). Alter Hass in neuem Gewand, in: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft, Hrsg. Heinz Gess

© 2023 bei www.kritiknetz.de, Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

Prolog: Documenta und Roger Waters

Man kann über BDS nicht sprechen, ohne den Namen Roger Waters zu erwähnen. BDS, das ist eine Bewegung, die sich für den Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel einsetzt. Roger Waters, das ist der mittlerweile 79 Jahre alte Mitbegründer von *Pink Floyd*, der nun schon länger als Solosänger auftritt – und die Israel-Boykottbewegung seit vielen Jahren unterstützt, ganz öffentlich, auch auf seinen Konzerten. Sechs solcher Konzerte hat er unlängst in Deutschland gegeben, doch dagegen gab es Proteste, vor allem hier in Frankfurt, aber auch in Köln und München. Ende Februar hatten bekanntlich die Stadt Frankfurt und die hessische Landesregierung angekündigt, man werde den Vertrag mit Waters' Agentur „unverzüglich aus wichtigem Grund außerordentlich kündigen“. Dagegen ging der Musiker jedoch juristisch vor, denn die geplanten Konzertabsagen beruhten, so formulierte es sein Anwalt, „auf der falschen Anschuldigung, Roger Waters sei antisemitisch, was er nicht ist“.

Wirklich nicht? Auf seinen Konzerten ließ Waters in der Vergangenheit schon mal ein aufblasbares Schwein in die Luft steigen, auf dem neben anderen ihm verhassten Symbolen auch ein Davidstern prangte. Mit akustischen Gewehrsalven schoss er es symbolisch ab. Bei seinen Konzerten in Deutschland hatte er den Davidstern durch das Logo einer israelischen Rüstungsfirma (Elbit) ersetzt. Es war die einzige Rüstungsfirma, die dort abgebildet war – und man geht gewiss nicht fehl, wenn man konstatiert: Diese Firma sieht er als Symbol für Israel an. Waters raunt von der „Macht der jüdischen Lobby“, vergleicht die israelische Regierung, die er als „systematisches rassistisches Apartheidregime“ bezeichnet, mit den Nationalsozialisten und wirft Israel unter anderem „ethnische

¹ Der Beitrag ist die Verschriftlichung des Vortrags, den Feuerherdt am 15. Juni 2023 in Frankfurt gehalten hat.

„Säuberungen“ vor. Unlängst veröffentlichte der *Spiegel* ein Interview, das er mit Waters und mit dem Leiter der Bildungsstätte Anne Frank, Meron Mendel, geführt hatte. Darin spricht er Israel ab, eine Demokratie zu sein, ja, mehr noch: Er bezeichnet den jüdischen Staat als „Experiment“, das „ein Fehler“ gewesen sei, auf „gestohlenem Land“ beruhe und den Palästinensern ihre Menschenrechte verweigere. Kurzum: Waters spricht Israel sein Recht zu existieren ab.

In Russland, in Syrien oder im Iran sowie in jedem anderen Land der Welt würde er Konzerte geben, sagt Roger Waters im Interview – nur in Israel nicht. Wörtlich führt er aus: „Ich wurde vom palästinensischen Volk gebeten, von jedem Mann, jeder Frau, jedem Kind: ‚Bitte, bitte, Roger Waters, Schöpfer dieser herrlichen Musik, spielen Sie nicht in Israel! Wenn Sie es tun, helfen Sie, die Apartheid zu normalisieren! Also bitte, tun Sie das nicht!‘ [...] Ich bin schon von der Gesamtheit der palästinensischen Zivilgesellschaft gebeten worden, den Boykott einzuhalten.“ Über die Terrororganisation Hamas mag Waters lieber nicht sprechen, sondern lieber über die „Israelloobby“ und „jüdische Vorherrschaft“. Und das waren nur einige Beispiele.

Roger Waters ist längst nicht der Einzige im Kulturbetrieb, der BDS unterstützt. Auch die Kunstausstellung *Documenta* im vergangenen Jahr war davon geprägt. Das Bündnis gegen Antisemitismus Kassel hatte schon im Januar 2022 herausgefunden, dass in der Findungskommission der *Documenta*, in der künstlerischen Leitung, im künstlerischen Team und bei den Künstlergruppen zahlreiche Unterstützer und Sympathisanten der BDS-Bewegung sind. In vielen Medien wurden die Ergebnisse dieser Recherche thematisiert, die *Documenta*-Verantwortlichen wurden mit ihnen konfrontiert. Doch am Ende kam es nicht zu den avisierten Podiumsgesprächen, der Zentralrat der Juden und seine Kritik wurden außen vor gelassen, die *Documenta*-Guides schulte man vor allem darin, wie sie „Antisemitismusvorwürfe“ am besten kontern können. Und dann tauchten nach der Eröffnung mehrere Kunstwerke auf, die Israel in antisemitischer Weise dämonisierten und delegitimierten. Dabei hatten die Verantwortlichen doch fest versprochen, dass es dazu nicht kommen würde.

Doch um es zugespitzt zu formulieren: Wo BDS draufsteht, ist nun mal Antisemitismus drin, und wenn man Kuratoren und Künstler einlädt und gewähren lässt, die den jüdischen Staat in den schwärzesten Farben malen, indem sie Israel als „Apartheidstaat“ bezeichnen und ihm „Siedlerkolonialismus“ oder „Verbrechen gegen die Menschheit“ vorwerfen, kommt eben so etwas dabei heraus wie das, was auf dem Triptychon von Taring Padi, im Zyklus „Guernica Gaza“ oder im Film über die japanische Rote Armee zu sehen ist. Es ist auch mehr als fragwürdig zu argumentieren, im „globalen Süden“ habe man nun mal vielfach ein anderes Bild von Israel als in Europa, deshalb komme es auf den Kontext und die Perspektive an, ob eine Darstellung als antisemitisch zu bewerten sei oder nicht. Das Schlachtengemälde von Taring Padi etwa folgt aber einer Ästhetik, wie sie aus westlichen Agitprop-Bildern seit Jahrzehnten bekannt ist, und die Darstellung von Juden als Nazis und Schweine ist in *jedem* Kontext antisemitisch. Die Ikonografie des Antisemitismus ist zudem uralt und global, und natürlich kennt man sie bei Taring Padi. Genauso hat die Gleichsetzung der israelischen Armee mit der deutschen Wehrmacht während des Nationalsozialismus, wie sie im Zyklus „Guernica Gaza“ betrieben wird, in den palästinensischen Gebieten keine andere Bedeutung als in Europa. Die Botschaft lautet: Die Israelis sind wie die Nazis. Und so versteht man sie auch hier wie dort.

Sieben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter der Leitung von Nicole Deitelhoff waren im Juli des vergangenen Jahres von den Gesellschaftern der *Documenta* damit beauftragt worden, die antisemitischen Inhalte der Ausstellung aufzuarbeiten. Unlängst haben sie ihren Abschlussbericht

vorgelegt, und ihr Urteil ist so klar wie ernüchternd: „Alle der zahlreichen Werke, die sich mit dem Nahen Osten beschäftigen, waren einseitig antisraelisch; demnach wurden alle jüdischen Figuren als Missetäter und nie als Opfer von Diskriminierung, Gewalt und Terror dargestellt.“ Die Documenta habe „als Echokammer für israelbezogenen Antisemitismus und manchmal auch für Antisemitismus pur“ fungiert. Die antisemitischen Aussagen der einzelnen Werke seien dabei „in ihrer ideologischen Gesamttendenz durch den Ausstellungskontext verstärkt“ worden. Detailliert und schlüssig wird im Bericht dargelegt, was an den kritisierten Werken antisemitisch ist.

Das Team um Nicole Deitelhoff hebt überdies hervor, welche Folgen der Antisemitismus auf der Documenta gezeigt hat: „Die zögerliche Reaktion der Documenta auf Fälle von Antisemitismus war für viele jüdische Bürger und Organisationen verstörend. Antisemitische Vorfälle sind für Jüdinnen und Juden kein rein diskursives Phänomen, sondern sie bedrohen ihre gesellschaftliche Teilhabe, ihre Sicherheit und ihre Zukunft in Deutschland als Land der Shoah.“ Die Kritik des Gremiums richtet sich vor allem gegen den Interimschef der Documenta, Alexander Farenholtz, dessen „selbst-auferlegte Sprachlosigkeit“ trotz eindeutig antisemitischer Werke die Autoren scharf rügen. Aber auch die Kuratoren von Ruangrupa werden dafür kritisiert, jeder Kritik am Antisemitismus auf der Documenta pauschal mit Rassismusvorwürfen begegnet zu sein und kein Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung gehabt zu haben.

Nach dieser kurzen Einleitung mit BDS-Beispielen aus der Praxis möchte ich nun ausführen, was das eigentlich genau ist, BDS, wie diese Bewegung entstanden ist, was ihre Ziele sind, warum sie nicht nur der Deutsche Bundestag als antisemitisch verurteilt hat und wie sie vor allem im Kulturbetrieb agiert.

Die Entstehung von BDS

BDS, das ist eigentlich sowohl eine Bewegung als auch eine Kampagne. Es gibt keine formalen Strukturen wie eine Mitgliedschaft oder einen durchweg organisierten Aufbau mit Gremien und Komitees. Wer als BDS auftreten will, kann das tun, kann die eigene Gruppe so nennen oder BDS-Positionen vertreten, auch ohne die drei Buchstaben zu benutzen. Und noch eine wichtige, aber vielleicht nicht so bekannte Hintergrundinformation: BDS ist nicht von der „palästinensischen Zivilgesellschaft“ ersonnen worden, auch wenn die Bewegung das selbst oft so darstellt. BDS geht vielmehr letztlich zurück auf ein großes NGO-Forum, das im August und September 2001 im südafrikanischen Durban stattfand, parallel zur Antirassismuskonferenz der Vereinten Nationen an Ort und Stelle. Auf beiden Veranstaltungen wurde Israel als Inbegriff und Ausgeburd des Rassismus und des Kolonialismus dämonisiert, wobei das NGO-Forum in seiner Wortwahl und seinen Forderungen noch weiter ging.

Die NGO-Abschlusserklärung – die just in einer Zeit verabschiedet wurde, in der palästinensische Terroristen praktisch täglich blutige Selbstmordattentate in Israel verübten –, diese Abschlusserklärung war so gespickt mit antisraelischen Diffamierungen, dass die damalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, es ablehnte, sie wie ursprünglich geplant der Antirassismuskonferenz der Uno zur Annahme vorzulegen. Doch in der Erklärung war schon vieles enthalten, was vier Jahre später BDS-Positionen und BDS-Forderungen werden sollten – darunter die Apartheid-Analogie und der Aufruf zu Boykotten und Sanktionen gegen Israel.

Und bereits kurz nach der Verabschiedung der Deklaration waren die ersten Boykottaktivitäten vor allem britischer und amerikanischer Akademiker zu verzeichnen. Sie waren die Vorreiter. In den USA gab es erste – und vorerst gescheiterte – Anläufe zur Durchsetzung eines akademischen Boykotts des jüdischen Staates im Februar 2002 an der University of California, bald darauf gefolgt von ähnlichen Versuchen an weiteren Hochschulen. Und in Großbritannien forderten über 120 britische Akademiker in einem offenen Brief im April 2002 ein Moratorium der Forschungszusammenarbeit mit Israel. Ein Jahr später wurde bei der Association of University Teachers (AUT) die Forderung eingebracht (und ebenfalls vorerst noch abgelehnt), alle akademischen Kontakte zu israelischen Institutionen abzubrechen.

Als im April 2004 schließlich in Ramallah die *Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel* gegründet wurde, geschah das in erster Linie, um den Israelboykotteuren gewissermaßen einen palästinensischen Anstrich zu verleihen. Die Boykottbewegung hatte dabei gute Gründe, den Boykott als einen Wunsch der „palästinensischen Zivilgesellschaft“ in die Welt zu setzen, anstatt auf dessen tatsächliche Vorgesichte zu rekurrieren. Zum einen konnte sie damit symbolisch besser an die Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika anschließen: Sei es einst der Ruf der Südafrikaner nach einem Boykott des rassistischen Regimes gewesen, der die Weltgemeinschaft mobilisiert habe, so folge man jetzt eben dem Aufruf der Palästinenser, hieß es. Zum anderen wurde der Neustart der Boykottbewegung in Form des palästinensischen Aufrufs notwendig, weil diese Bewegung sonst allzu sehr mit dem antisemitischen Hass-Festival von Durban in Verbindung gebracht worden wäre – und ohne palästinensische Führung an einem hinderlichen Authentizitätsmangel gelitten hätte. So kam es schließlich am 9. Juli 2005 zur Veröffentlichung des BDS-Gründungsmanifests.

Die Kernforderungen von BDS

172 Organisationen und Verbände haben dieses BDS-Gründungsdokument unterzeichnet, nicht nur palästinensische, sondern auch solche aus Syrien, dem Libanon, Jordanien sowie aus Europa und aus Übersee. Gleich als Erstes wird das *Council of Palestinian National and Islamic Forces in Palestine* genannt – eine Vereinigung, die kurz nach dem Beginn der zweiten „Intifada“ mit ihren Selbstmordattentaten gegründet wurde, um Aktivitäten gegen Israel zu koordinieren. Ihr gehören sämtliche großen palästinensischen Parteien und Organisationen an, darunter die Terrororganisationen Hamas, Islamischer Jihad und PFLP sowie die Fatah. So viel zum Thema „Zivilgesellschaft“.

Was fordert die BDS-Bewegung nun? Sie fordert, dass Israel, *erstens*, „die Besatzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt“, *zweitens*, „das grundlegende Recht der arabisch-palästinensischen Bürger Israels auf volle Gleichheit anerkennt“ und, *drittens*, „die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, respektiert, schützt und fördert“. Das sind die drei Kernforderungen von BDS, auf die ich nun eingehen möchte.

1. Beendigung der Besatzung und Kolonisation allen arabischen Landes sowie Abriss der Mauer: Es wird offen gelassen, wie viel „arabisches Land“ man für besetzt und kolonisiert hält: Nur das Westjordanland? Oder hält man womöglich doch ganz Israel für eine einzige große illegale Siedlung? Klar ist jedenfalls: Dass es sich bei Israel um einen Apartheidstaat handeln soll, der in Gänze verschwinden muss, und dass es entsprechend nicht um die „Grenzen von 1967“ geht, sondern um die

israelische Staatsgründung von 1948, lässt sich unzähligen Äußerungen palästinensischer Organisationen entnehmen, die den Gründungsauftrag unterzeichnet haben. Wenn also davon die Rede ist, Israel müsse „die Besatzung und Kolonisation allen arabischen Landes beenden“, denken viele BDS-Aktivisten nicht nur an Jenin, Ramallah und Bethlehem, sondern auch an Tel Aviv, Haifa und ganz Jerusalem. Sie wollen keine Zwei-Staaten-Lösung, sondern vielmehr eine Kein-Staat-Israel-Lösung.

Dass der erste Teil der ersten Forderung dennoch schwammig gehalten ist, liegt daran, dass der Aufruf seine erhoffte einigende Wirkung nicht verlieren sollte: Wäre explizit nur von den „besetzten Gebieten“ des Gazastreifens, aus dem Israel bereits 2005 komplett abgezogen ist, des Westjordanlands, Ostjerusalems und der Golanhöhen die Rede gewesen, so wären von wenigen Ausnahmen abgesehen all diejenigen palästinensischen Organisationen abgesprungen, für die die „Befreiung Palästinas“ ganz selbstverständlich das Verschwinden Israels beinhaltet muss. Wäre umgekehrt deutlicher zum Ausdruck gebracht worden, dass mit der Rede von der Besetzung „allen arabischen Landes“ auch das Kernland Israels gemeint ist, dann hätte man einen beträchtlichen Teil jener westlichen Aktivisten und Unterstützer vergrault, um deren Gunst man bis heute buhlt. Ihnen sollte der Glaube gelassen werden, dass es BDS nicht um die Beseitigung des jüdischen Staates, sondern im Grunde nur um Frieden und die Menschenrechte geht.

Der zweite Teil der ersten Forderung dagegen ist unmissverständlich: Die „Mauer“ soll abgerissen werden. Gemeint sind damit die Sperranlagen zwischen Israel und dem Westjordanland, die nur zu einem kleinen Teil aus Beton bestehen – vor allem an den Stellen nämlich, an denen zuvor palästinensische Heckenschützen regelmäßig Israelis ins Visier genommen hatten. Bei über 95 Prozent der Anlagen handelt es sich um Zäune und elektronische Überwachungsmaßnahmen. Zweifellos kann man den konkreten Verlauf dieser Grenzanlagen sowie die Härten und die Ungerechtigkeiten kritisieren, die sie für die palästinensische Bevölkerung bedeuten. Zur Wahrheit gehört allerdings auch und vor allem, dass diese Anlage ab dem Jahr 2002 als unmittelbare Reaktion auf die Welle der Selbstmordattentate während der zweiten Intifada errichtet wurde. Damals kamen zahlreiche Attentäter aus dem Westjordanland nach Israel und töteten dort Hunderte israelische Zivilisten. Die Zahl der Attentate ging seit der Errichtung der Sperranlage sofort deutlich zurück.

Israel hat also ein berechtigtes Sicherheitsinteresse, und der Bau der Grenzanlage ist ein Ausdruck davon. Das aber kommt im Aufruf nicht vor, und das ist kein Zufall. Dass der Boykottaufruf den Abriss der Mauer fordert, diesen Kontext aber auslässt, ist paradigmatisch für BDS: Handlungen Israels werden grundsätzlich nicht als Reaktionen auf palästinensische oder arabische Handlungen und somit als Teil einer wechselseitigen Dynamik dargestellt, sondern als einseitige, unprovokierte und systematische Gewalt israelischer Täter gegen palästinensische Opfer. Diese Sichtweise, wie sie BDS vertritt, und die damit verbundene Logik ergeben sich aus der Haltung, dass Israel prinzipiell kein Existenzrecht hat und deshalb immer nur im Unrecht sein kann, egal, was es tut und lässt.

2. Anerkennung des grundlegenden Rechts der arabisch-palästinensischen Bürger Israels auf volle Gleichheit: Es geht hierbei, anders als in der ersten Forderung, nicht um die Bevölkerung im Westjordanland, sondern um die arabischen Bürger im israelischen Kernland. Nun würde kein ernst zu nehmender Mensch abstreiten, dass es in Israel – wie in jedem anderen demokratischen Land auch – Diskriminierung in der Gesellschaft und auch in staatlichen Einrichtungen gibt. Aber es ist nicht so, dass der israelische Staat seinen arabisch-palästinensischen Bürgern die Anerkennung ihrer Grundrechte oder ihrer rechtlichen Gleichheit grundlegend verweigert. Diese Gleichheit wird vielmehr

immer wieder betont, das war schon in der Unabhängigkeitserklärung so. Blickt man auf die formalen rechtlichen Einschränkungen, die arabisch-palästinensische Bürger Israels verglichen mit jüdischen (und drusischen und tscherkessischen) Bürgern haben, dann ergibt sich: Die arabische Minderheit ist von der Wehrpflicht und von den damit verbundenen Privilegien ausgenommen. Das Nationalitätengesetz führt außerdem dazu, dass ihre Sprache nicht mehr Amtssprache ist, was allerdings einen Ausschluss vor allem auf der symbolischen Ebene bedeutet und auf die gelebte Alltagspraxis eher wenig Auswirkungen hat.

Mit anderen Worten: Das von BDS geforderte Grundrecht auf Gleichheit der arabischen Bürger Israels ist formal längst anerkannt. Hinzu kommt: Die Diskriminierung, die arabische Israelis erleiden müssen, sind gemessen an der Situation von nationalen Minderheiten in anderen Ländern relativ gering – und erst recht gemessen an der Situation schwarzer Südafrikaner während der Apartheid, die ja für BDS den Vergleichsmaßstab bildet. Es gibt außerdem kein arabisches Land, in dem arabische Bürger so umfangreiche individuelle Abwehr- und demokratische Mitbestimmungsrechte genießen wie in Israel. Daher können die Diskriminierungen in Israel keine Rechtfertigung für eine im Umfang gegenwärtig einmalige Boykottkampagne sein.

Die zweite Kernforderung der BDS-Bewegung läuft auf eine Gleichsetzung Israels mit Südafrika während der Apartheid hinaus. Denn nicht eine konkrete Politik der israelischen Regierung ist für die BDS-Aktivisten kritikwürdig; vielmehr beruht in ihrem Weltbild der jüdische Staat an sich wie ehedem Südafrika auf einem System rassistischer Unterdrückung. Das ist der Grund, warum es im Aufruf heißt, die geforderten „Strafmaßnahmen“ gegen Israel müssten so lange aufrechterhalten werden, bis das „Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit“ anerkannt wird, obwohl es dieses Grundrecht längst gibt. Doch Israel soll schlicht kein jüdischer Staat sein dürfen.

3. Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, müssen respektiert, geschützt und gefördert werden: Dazu muss man zunächst einmal sagen, dass es die arabischen Staaten waren, die Israel einen Tag nach dessen Gründung militärisch angegriffen, mit dem Ziel, den jüdischen Staat gleich wieder von der Landkarte zu tilgen. Hätten sie den Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen vom November 1947 akzeptiert, dann hätte es die Flüchtlingsproblematik jedenfalls nicht in diesem Ausmaß gegeben. Von den damaligen Flüchtlingen leben heute noch schätzungsweise 30.000. Dass beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinenser heute gleichwohl rund 5,6 Millionen Menschen registriert sind (700.000 waren es zu Beginn), hängt mit einer Besonderheit zusammen: Bei den Palästinensern vererbt sich der Flüchtlingsstatus über die Generationen hinweg bis heute – weil die Uno deren „Rückkehr“ auf das Territorium, das heute zu Israel gehört, als einzige Option betrachtet. Und solange diese „Rückkehr“ aussteht, wird jeder Palästinenser als „Geflüchteter“ geführt, übrigens auch dann, wenn er in den palästinensischen Gebieten geboren wurde und lebt.

Es liegt auf der Hand, dass keine israelische Regierung von links bis rechts dieses vermeintliche Rückkehrrecht akzeptieren kann. Umgekehrt liegt es auf der Hand, warum über fünfeinhalb Millionen Palästinenser in ein Land „zurückkehren“ sollen, in dem die weitaus meisten ja nie gelebt haben: Eine „Rückkehr“ dieser Menschen würde die Juden in Israel zu einer Minderheit machen, die dann wieder einmal der Mehrheit ausgeliefert wäre. Es wäre dies das Ende Israels als jüdischer Staat. Von den drei Kernforderungen der BDS-Bewegung sind die zweite und die dritte ausdrücklich auf das

israelische Kernland und nicht auf die umstrittenen Gebiete gemünzt. Bei der ersten Forderung ist das zumindest implizit der Fall. Würde Israel diesen in einen menschenrechtlichen Jargon gekleideten Forderungen nachgeben, dann gäbe es den jüdischen Staat anschließend nicht mehr. Genau das ist das Ziel von BDS, und das sagen auch führende BDS-Vertreter unverblümt. Erst vor kurzem machte Omar Barghouti, einer der führenden palästinensischen Vertreter der BDS-Bewegung, noch einmal unmissverständlich klar: BDS richtet sich explizit nur gegen *jüdische* Israelis und *jüdische* israelische Institutionen, das heißt: BDS zielt auf Juden.

Warum BDS antisemitisch ist

Im Mai 2019 hat der Deutsche Bundestag eine Resolution gegen BDS verabschiedet und darin festgehalten: „Die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung sind antisemitisch.“ Der allumfassende Boykottaufruf führe „in seiner Radikalität zur Brandmarkung israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens als Ganzes“. Die Aufrufe der Bewegung zum Boykott israelischer Künstlerinnen und Künstler sowie Aufkleber auf israelischen Handelsgütern, die vom Kauf abhalten sollten, erinnerten zudem „an die schrecklichste Phase der deutschen Geschichte“. „Don't Buy“-Aufkleber der BDS-Bewegung auf israelischen Produkten weckten unweigerlich Assoziationen zur NS-Parole „Kauft nicht bei Juden!“ und entsprechenden Schmierereien an Fassaden und Schaufenstern.

Nun wird häufig eingewandt, es sei doch nicht jede Kritik am israelischen Regierungshandeln antisemitisch. Das ist natürlich richtig, und gerade die derzeitige sehr rechte Regierung gibt ja nun auch genügend Anlass zu Kritik und Protesten, wie man an den riesigen Kundgebungen und Demonstrationen sieht, die seit Monaten in Israel stattfinden. Allerdings ist das, was sich seit Jahren als Kritik an den Regierungen ausgibt, überaus häufig eine grundsätzliche Infragestellung der Existenz des jüdischen Staates. Um eine Unterscheidung zwischen legitimer Kritik an israelischer Politik einerseits und Ausdrucksformen von israelbezogenem Antisemitismus andererseits treffen zu können, wurden in den vergangenen Jahren mehrere Definitionsversuche des Begriffs Antisemitismus unternommen. Die zwei am meisten akzeptierten und am weitesten verbreiteten sind die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der *International Holocaust Remembrance Alliance* und der „3D-Test“ des ehemaligen sowjetischen Dissidenten und späteren Leiters der *Jewish Agency*, Natan Sharansky.

Nach diesem 3D-Test liegt israelbezogener Antisemitismus bekanntlich vor, wenn eine Delegitimierung jüdischer Souveränität, eine Dämonisierung Israels oder eine Anwendung von Doppelstandards vorliegt, also Maßstäbe angelegt werden wie an kein anderes Land dieser Welt. Wohlgernekt genügt es bei diesem 3D-Test, eines der drei Kriterien zu erfüllen, um sich antisemitisch zu äußern oder antisemitisch zu handeln. BDS erfüllt eindeutig alle drei: Faktisch wird das Existenzrecht des jüdischen Staates in Abrede gestellt, das israelische Handeln wird stets verteufelt (unter anderem durch Vergleiche mit der Apartheid in Südafrika oder dem Nationalsozialismus), und kein anderes Land ist einer vergleichbaren Kampagne ausgesetzt, die auf eine ökonomische, politische und kulturelle Isolierung einer ganzen Bevölkerung zielt.

Auch mit der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) lässt sich feststellen, dass BDS unter diese Begriffsbestimmung fällt. Laut dieser Definition sind beispielsweise die folgenden Sachverhalte antisemitisch:

- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.

Unabhängig von solchen Definitionen muss man die Frage stellen, was die Angriffe von BDS gegen Israel für das heutige Judentum bedeuten. Dazu sei kurz ausgeholt. Nach der Shoah und der Gründung des jüdischen Staates verschoben sich die Epizentren jüdischen Lebens. Zuvor befanden sie sich vor allem in Europa und den arabischen Ländern. Doch zwei Drittel der europäischen Juden wurden im Holocaust vernichtet, viele der Überlebenden flohen ins britische Mandatsgebiet Palästina respektive nach Israel oder in die USA. In den arabischen Ländern gab es antijüdische Pogrome und Vertreibungen, die zu einem Massenexodus der Juden führten, die dort lebten. 1945 gab es noch rund 900.000 Juden im arabischen Raum, heute sind es nur noch wenige Tausend. Die meisten geflüchteten orientalischen Juden gingen nach Israel.

Die Shoah und die Flucht und Vertreibung der orientalischen Juden hatten zur Folge, dass sich die Zentren jüdischen Lebens von Europa und der arabischen Welt an zwei andere Orte verschoben: in die USA, wo die Zahl der Juden mit der Masseneinwanderung osteuropäischer Juden ab 1880 sprunghaft anstieg, und, nach fast zweitausendjähriger Unterbrechung, zurück nach Israel. Heute leben 85 Prozent der Juden weltweit in den Vereinigten Staaten und in Israel, zahlenmäßig sind sie dort annähernd gleich verteilt. Die Geschichte der Juden in den USA ist ohne Zweifel eine Erfolgsstory, die in der westlichen Welt ihresgleichen sucht. Aber sie waren stets eine kleine Minderheit unter vielen anderen Gruppen, die die amerikanische Gesellschaft ausmachen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist in den vergangenen fünfzig Jahren von drei auf zwei Prozent gesunken, und ihre Zahl wird demografischen Prognosen zufolge in den kommenden Jahrzehnten stark schrumpfen.

Die Zahlen allein erzählen aber nicht die ganze Geschichte. In der amerikanischen Gesellschaft, in der der Antisemitismus nie solchen Einfluss hatte wie in den Gesellschaften Europas, stellt die zunehmende Assimilation die jüdischen Gemeinden vor enorme Zukunftssorgen. Immer mehr Juden heiraten nicht-jüdische Partner, immer weniger Kinder erfahren eine jüdische Erziehung, immer weniger Juden lernen noch Hebräisch oder gehen in Synagogen. Die Zahl derjenigen, für die das Judentum keine oder eine nur noch diffuse Rolle spielt, nimmt zu. Umso größer wird daher die Bedeutung Israels für das Judentum insgesamt – also des Landes, in dem Juden nicht als Minderheit leben, sondern das als jüdischer Staat, wie es der Publizist Charles Krauthammer formulierte, zum „Herzen des jüdischen Volkes geworden ist – seinem kulturellen, spirituellen und psychologischen Zentrum, und das bald auch sein demografisches Zentrum sein wird“.

Es ist ein israelisches Judentum entstanden, das sich vom Judentum außerhalb Israels unterscheidet, weil es im Rahmen eines jüdischen Staates gedeihen kann. Und es besteht auch für die Mehrheit der Juden außerhalb Israels kein Zweifel daran, dass Israel ein wichtiges, wenn nicht gar das wichtigste Symbol des zeitgenössischen Judentums ist. Das trifft nicht zuletzt auf Juden zu, die sich als nicht-religiös verstehen, aber sehr wohl zum Judentum bekennen: Für sie ist die Unterstützung des jüdischen Staates vielfach der entscheidende Bestandteil ihres jüdischen Selbstverständnisses. Das bedeutet übrigens nicht, dass sie automatisch die Politik der jeweiligen israelischen Regierung

unterstützen; ob sie eine bestimmte Politik befürworten, ist Ausdruck ihrer persönlichen politischen Präferenzen. Aber es bedeutet sehr wohl, dass sie sich dem jüdischen Staat verbunden fühlen, weil das Bekenntnis zu Israel als der Verkörperung des Rechts der Juden auf Selbstbestimmung in einem jüdischen Staat selbstverständlich zu ihrem Judentum dazugehört.

Weil rund vier Fünftel aller Juden in Amerika und in Europa sich Israel eng oder sehr eng verbunden fühlen, empfinden viele von ihnen es als einen Angriff auf das Judentum, wenn die Israel-Boykotteure in ihrer Propaganda den einzigen jüdischen Staat der Welt ständig in den Dreck ziehen. Wenn die BDS-Bewegung behauptet, sie richte sich nicht gegen Juden, dann geht sie dabei über die große Mehrheit der heute lebenden Juden hinweg, in deren Selbstverständnis Israel – ungeachtet der Regierungspolitik – sehr wohl eine große Bedeutung zukommt. Weil die Israel-Boykotteure Zionismus grundsätzlich für verbrecherisch halten, richtet sich ihr Hass zwangsläufig auch gegen den überwältigenden Großteil der Juden außerhalb Israels, sofern diese nicht bereit sind, sich von ihrem Verständnis des Judentums zu verabschieden. Für einen derartigen Angriff auf ein wichtiges Symbol des Judentums und auf eine wesentliche Komponente jüdischer Identität gibt es einen Begriff: So etwas nennt man Antisemitismus.

Antisemitisch in diesem Sinne ist aber nicht nur die Propaganda der BDS-Bewegung, sondern auch das Ziel, das sich aus den zentralen Forderungen der Israelboykotteure ergibt und das ich bereits erwähnt habe: die Beseitigung Israels als jüdischer Staat. Denn das würde, wie der Historiker Jacob Talmon schon 1976 schrieb, „ein Messer direkt ins Herz des Judentums stoßen“ – nicht nur, weil sie wahrscheinlich erneut die Auslöschung von Millionen Juden bedeuten würde, sondern auch, weil damit „der letzte Überrest der integralen historischen jüdischen Zivilisation“ vernichtet würde. Dieser Schlag, so Talmon, „würde sich für das Judentum weltweit – für sein Selbstgefühl, seinen Glauben an sich selbst und an seine Zukunft – als so schwer erweisen, dass es ihn nicht überstehen würde“. In diesem Sinne hängen, wie Charles Krauthammer betonte, „die Existenz und das Überleben des jüdischen Volkes“ von der Existenz des jüdischen Staates ab – und das umso mehr, je größer der relative Stellenwert Israels für das Judentum geworden ist und in den kommenden Jahrzehnten noch zunehmend wird. Das „Ende Israels bedeutet das Ende des jüdischen Volkes“, so Krauthammer. Es könne nicht noch einmal Zerstörung und Exil überleben. Am Bestehen Israels hänge „die einzige Hoffnung für das Fortbestehen und Überleben des Judentums“.

Wie gesagt, gibt es nach der weitgehenden Ermordung der europäischen Juden und der fast vollständigen Flucht und Vertreibung der orientalischen Juden heute zwei Zentren des Judentums: die USA und Israel. Die Beseitigung des jüdischen Staates, also die Zerstörung eines dieser beiden Zentren und des dort entstandenen israelischen Judentums, wäre in der Tat ein für das Judentum nicht verkraftbarer Schlag: Übrig blieben dann – neben den verhältnismäßig kleinen Gemeinden in Europa und anderswo – nur mehr die USA mit ihren schrumpfenden jüdischen Gemeinden. Darin ein Untergangsszenario für das Judentum insgesamt zu sehen, ist, wenn überhaupt, so nur eine kleine Übertreibung. Wenn es so ist, dass die Umsetzung der Forderungen der Israelboykotteure das Ende des jüdischen Staates bedeuten würden, dann zielt die BDS-Bewegung auf nichts Geringeres ab, als dem Judentum insgesamt so schweren Schaden zuzufügen, dass dessen weitere Existenz gefährdet wäre. Aus diesem Blickwinkel kann der Befund daher ebenfalls nur lauten: Unabhängig von den Niederungen ihrer alltäglichen, dämonisierenden Propaganda handelt es sich bei BDS um eine fundamental antisemitische Bewegung.

Kulturelle Boykotte: Absagen und Drohungen, aber auch Widerstand – Deutschland

Dennoch gelingt es BDS-Aktivisten vor allem im kulturellen Bereich regelmäßig, insbesondere Musikerinnen und Musiker mit Aufrufen, Kampagnen und Protestaktionen bei Konzerten zur Absage von geplanten Auftritten in Israel oder zu einem Boykott des jüdischen Staates zu bringen. Zur Begründung für die entsprechende Aufforderung heißt es stets, mit einem Konzert oder einer anderen Performance würden israelische Kriegsverbrechen und weitere Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Palästinensern unterstützt.

Nehmen wir als deutsches Beispiel etwa eine Angelegenheit, in der es um fünfhundert Euro ging. Das war der Betrag, mit dem die israelische Botschaft in Deutschland das seit 2015 stattfindende Musikfestival *Pop-Kultur* unterstützte, das Ende August 2017 in Berlin über die Bühne ging. Verwendet werden sollte das Geld als Reisekostenzuschuss für Bands, die dort spielten. Die diplomatische Vertretung des jüdischen Staates war damit einer von vielen Partnern des Festivals, das vor allem aus öffentlichen Geldern finanziert wurde und zudem namhafte Unternehmen als Sponsoren gewinnen konnte. Fünfhundert Euro sind im Budget einer solchen Großveranstaltung zwar nicht viel – doch die vier arabischen Bands, die in Berlin auftreten sollten, hätten ihre Teilnahme an *Pop-Kultur* vermutlich auch dann abgesagt, wenn die Botschaft bloß einen Cent gegeben hätte. Der Rapper *Abu Hajar* und der DJ *Hello Psychaleppo* aus Syrien, die Sängerin *Emel Mathlouthi* aus Tunesien sowie die Gruppe *Islam Gipsy & EEK* aus Ägypten blieben dem Festival nach dem Aufruf der BDS-Bewegung jedenfalls fern. Eine finnische Gruppe, zwei britische Bands und mit den *Young Fathers* aus Schottland auch einer der Top-Acts schlossen sich diesem Boykott an. Sie alle wollten trotz ihrer ursprünglichen Zusage nicht in Berlin spielen, weil der Staat Israel die Veranstaltung förderte. Mit fünfhundert Euro.

Im Jahr darauf wiederholten sich die Boykottaktivitäten gegen das *Pop-Kultur*-Festival. Die erneute Übernahme von Reisekosten israelischer Künstler durch die israelische Botschaft rief ein weiteres Mal die BDS-Bewegung auf den Plan, sechs Künstler respektive Musikgruppen folgten ihrem Appell, nicht in Berlin aufzutreten. Hinzu kam die massive Störung einer Podiumsdiskussion durch BDS-Aktivisten zu Beginn der *Pop-Kultur*. Bei dieser Veranstaltung sollte über das Thema Boykott debattiert werden, zu den Teilnehmern gehörten beispielsweise die israelische Schriftstellerin *Lizzie Doron* und der seinerzeitige Berliner Kultursenator *Klaus Lederer*. Schon zu Beginn bezichtigten die anwesenden Mitglieder der BDS-Bewegung die Teilnehmer, „Rassisten“ und „Kriminelle“ zu sein, die das „israelische Apartheidregime“ unterstützten. Die Entgegnungen des Podiums wurden niedergebrüllt.

Kulturelle Boykotte: Absagen und Drohungen, aber auch Widerstand – International

International hat BDS noch einen weitaus größeren Stellenwert als in Deutschland, auch und gerade im kulturellen Sektor, besonders in den angelsächsischen Ländern. Zu den bekanntesten Künstlern, die der Aufforderung der BDS-Bewegung folgten und nicht wie angekündigt in Israel auftraten, gehören *Elvis Costello*, *Sinéad O'Connor* und die *Pixies*. Einige Größen ihrer Branche sehen sich sogar selbst als Teil von BDS, agitieren beispielsweise auf Konzerten gegen den jüdischen Staat und rufen

dazu auf, diesen zu boykottieren, wo es nur geht. Hier ist zuvorderst der schon erwähnte Roger Waters zu nennen. Er weigert sich nicht nur selbst, in Israel zu spielen, sondern setzt andere Künstler, die es tun wollen, auch massiv unter Druck. Nick Cave zufolge sind manche Musikerinnen und Musiker, die in Israel auftreten, regelrecht gezwungen, „eine Art öffentliche Demütigung von Roger Waters durchzumachen“.

Nach dem Sieg der israelischen Sängerin Netta beim *Eurovision Song Contest* im Mai 2018 riefen ebenfalls zahlreiche Künstler dazu auf, den Wettbewerb im folgenden Jahr zu boykottieren, da er dann im jüdischen Staat stattfinden werde und Israel seine „schweren, jahrzehntelangen Verletzungen der palästinensischen Menschenrechte“ fortsetze. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehörten beispielsweise die Filmregisseure Aki Kaurismäki und Ken Loach, der Sänger Brian Eno und einmal mehr Roger Waters. Der Appell blieb jedoch letztlich ohne nennenswerte Konsequenzen. Zwar organisierte die BDS-Bewegung eine „Globalvision“ genannte Gegenveranstaltung in verschiedenen Städten, doch weder Fernsehanstalten noch Bands folgten dem Boykottaufruf. Stattdessen gab es deutliche Kritik, besonders am Logo der BDS-Kampagne gegen den *Eurovision Song Contest* in Israel: Es bestand aus dem mit Stacheldraht umwickelten Eurovision-Schriftzug; in der Mitte war der zum Herzen stilisierte Buchstabe „v“ so zerbrochen, das sich daraus eine SS-Rune ergab. Eine erneute Dämonisierung Israels in Form der Gleichsetzung des jüdischen Staates mit dem nationalsozialistischen Deutschland also.

Mittlerweile wächst jedoch die Zahl der Künstlerinnen und Künstler, die BDS ablehnen und den Boykottaufrufen der Bewegung trotzen. Zu den prominenten Gegnern eines kulturellen Boykotts gehören beispielsweise die Sängerinnen und Sänger Johnny Lydon, Rihanna, Madonna, Lady Gaga sowie die Red Hot Chili Peppers und die Rolling Stones. Auch Nick Cave zählt dazu; im Herbst 2017 erklärte er auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv, wie BDS bei ihm eine Jetzt-erst-recht-Haltung auslöste: „Letztlich gibt es zwei Gründe, warum ich hier bin. Einer ist, dass ich Israel und die Israelis liebe. Der andere ist, einen grundlegenden Standpunkt zu beziehen gegen jeden, der versucht, Musiker zu zensieren und mundtot zu machen. Also kann man in gewisser Weise sagen, BDS hat mich dazu gebracht, in Israel zu spielen.“

Viele Musikerinnen und Musiker – darunter beispielsweise Paul Mc Cartney, Eric Burdon, Justin Timberlake und Alicia Keys – berichten von Einschüchterungen, Belästigungen und handfesten Drohungen durch BDS-Aktivisten, zu denen es gekommen sei, weil sie sich geweigert hätten, ihren Auftritt in Israel abzusagen. Die Sängerin Sarah McTernan, die 2019 beim *Eurovision Song Contest* in Tel Aviv für Irland ins Rennen ging, wurde von der Wucht der Angriffe gänzlich unvorbereitet getroffen. „Ich bekam Drohungen, ich bekam Briefe. Schreckliche Sachen im Internet, wo jemand drohte, mir etwas anzutun“, sagte sie. „Hunderte und Aberhunderte schickten mir Messages und sagten die schrecklichsten Sachen. Sie sagten mir: ‚Du musst vorsichtig sein‘, ‚Pass auf, wohin du gehst‘, ‚Du weißt nie, wo ich sein werde‘, Sieh dich vor, wer in deiner Nähe ist‘ – solche Dinge.“

Der deutsche Kulturbetrieb am Beispiel der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“

In Deutschland kommen BDS-Positionen im kulturellen Bereich nicht unbedingt unter dem expliziten Label BDS zur Geltung, sondern gewissermaßen über Umwege. Ein gutes Beispiel dafür ist die

„Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“, ein Zusammenschluss von Repräsentanten öffentlicher, staatlich unterstützter Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland. Dazu gehören beispielsweise die Berliner Festspiele, das Humboldt-Forum, das Goethe-Institut, die Kulturstiftung des Bundes, das Haus der Kulturen der Welt und das Zentrum für Antisemitismusforschung. Diese Initiative ist im Dezember 2020 an die Öffentlichkeit gegangen und hat ein Plädoyer publiziert. Mit ihrem Namen verweist sie, wie sie schreibt, „auf Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes, in dem die Freiheit von Kunst und Wissenschaft garantiert wird“. Wenn man der Initiative glaubt, dann ist diese Freiheit gefährdet, und zwar durch keinen Geringeren als den Staat selbst. Denn seit der Deutsche Bundestag beschlossen habe, die BDS-Bewegung als antisemitisch zu verurteilen und ihr öffentliche Räume und Gelder zu verweigern, seitdem also würden „durch missbräuchliche Verwendungen des Antisemitismusvorwurfs wichtige Stimmen beiseite gedrängt und kritische Positionen verzerrt dargestellt“, so heißt es im Plädoyer.

Einige der mächtigsten Personen und Institutionen der staatlich geförderten Kulturlandschaft hierzu lande beklagen sich über eine „Logik des Boykotts“, die die BDS-Resolution des Bundestages ausgelöst habe und die nun die „Vielstimmigkeit“, die „kulturelle Vielfalt“, die „kritische Reflexion“, das „Anderssein“ und die „Anerkennung von Differenz“ bedrohe. Dabei wendet sich der Bundestagsbeschluss ausdrücklich nur gegen die politische, finanzielle und logistische Unterstützung von Organisationen, „die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen“, sowie gegen „Projekte, die zum Boykott Israels aufrufen“. Und dadurch werden nun „kritische Stimmen beiseite gedrängt“? Welche Stimmen sollen das sein?

Genannt wird im „Plädoyer“ der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ nur der kamerunische Historiker und Philosoph Achille Mbembe. Dieser war eingeladen worden, beim Kulturfestival *Ruhrtriennale* im Sommer 2020 die Eröffnungsrede zu halten. Daran hatte sich allerdings Kritik entzündet, weil Mbembe in der Vergangenheit unter anderem zum akademischen Boykott Israels aufgerufen, eine Nähe zur BDS-Bewegung erkennen lassen und den jüdischen Staat in schrillen Worten dämonisiert und delegitimiert hatte. Da die *Ruhrtriennale* mit öffentlichen Mitteln finanziert wird, riefen Kritiker die Intendantin des Festivals, Stefanie Carp, dazu auf, die Einladung von Achille Mbembe zu überdenken. Zur Ausladung kam es nicht, die *Ruhrtriennale* fiel schließlich der Corona-Pandemie zum Opfer. Aber es gab eine breite Debatte über Mbembe und seine Positionen.

An dieser Debatte im Frühjahr und Sommer des Jahres 2020 sei zu beobachten gewesen, wie „wichtige lokale und internationale Stimmen aus dem kritischen Dialog ausgegrenzt werden sollen“. So steht es im Plädoyer der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“. Ein erstaunliches Urteil, wenn man bedenkt, wie regelmäßig und ausführlich Mbembe selbst und seine Verteidiger zu Wort kamen, auch in großen Medien. „Ausgrenzung“ kann man das wohl nur nennen, wenn man bereits den legitimen Widerspruch gegen Mbembes problematische Ansichten über Israel, die Shoah und die Apartheid sowie die Kritik seiner Nähe zur BDS-Bewegung dafür hält. Und man sollte nicht vergessen, dass es Mbembe höchstpersönlich war, der im Jahr 2018 dafür sorgte, dass die israelische Psychologie-Professorin Shifra Sagiv von einer Wissenschaftskonferenz im südafrikanischen Stellenbosch ausgeladen wurde. Wohlgemerkt nicht wegen ihrer politischer Haltung, sondern allein deshalb, weil sie eine jüdische Israelin ist.

War die Kritik daran eine „missbräuchliche Verwendung des Antisemitismusvorwurfs“? Oder die Kritik an Mbembes Behauptung, die gegenwärtige israelische „Apartheid“ sei „weitaus tödlicher“ als die

südafrikanische in der Vergangenheit? Oder die Kritik an Mbembes Vorhaltung gegenüber Israel, „Techniken der materiellen und symbolischen Auslöschung“ anzuwenden und eine „fanatische Zerstörungspolitik“ zu betreiben, weshalb es eine „weltweite Isolation“ verdiene? Soll man das nicht antisemitisch nennen, sondern ernsthaft als Ausdruck von „Vielstimmigkeit“, „kultureller Vielfalt“, „kritischer Reflexion“, „Anderssein“ und „Differenz“ betrachten? Sollen die Dämonisierung und die Delegitimierung Israels – die nicht weniger antisemitisch werden, wenn sie jemand aus dem Nahen Osten oder „globalen Süden“ vornimmt – ein wertvoller, ja, unabdingbarer Beitrag zu „streitbaren und kontroversen Debatten“ sein? Die Antwort auf all diese Fragen kann nur ein klares Nein sein.

Festzuhalten ist außerdem: Weder Achille Mbembe noch andere „Israelkritiker“ haben ein Auftrittsverbot in Deutschland, und wer sie einladen will, kann das tun. Er sollte nur nicht erwarten, dabei staatliche Unterstützung zu bekommen. Und er sollte nicht erwarten, keinen Widerspruch zu ernten. Gewiss, die Initiative lehnt nach eigenem Bekunden den Boykott Israels ab. Aber im Rahmen der „Vielstimmigkeit“ möchte sie niemanden daran hindern, zu ihm aufzurufen und weitere BDS-Positionen zu vertreten. Sie möchte also keinen Boykott der Boykotteure. Das hält sie für Weltoffenheit, für eine „kritische Reflexion der gesellschaftlichen Ordnungen“ und für eine „Öffnung für alternative Weltentwürfe“ – auch wenn ein jüdischer Staat in diesen „Weltentwürfen“ keinen Platz hat.

Letztlich geht es allerdings gar nicht um die „marginalisierten und ausgeblendeten Stimmen“, nicht um „kritischen Dialog“ und nicht um „kulturelle Vielfalt“. Es geht auch nicht um Israelis und Palästinenser. Statements wie das der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ sind vielmehr selbstreferentiell und spiegeln in erster Linie die Befindlichkeiten ihrer Urheber und Unterstützer wider. Antisemitismus in seiner israelbezogenen Variante ist für sie ein Teil ihres sich progressiv dünkenden Selbstverständnisses. Deshalb reagieren sie so aggressiv. Die BDS-Bewegung mag in Deutschland – anders als vor allem in England, aber auch in den USA und in Spanien – nicht viele Aktivisten haben, die unter diesem Label auftreten. Aber die Sympathien für ihre Positionen gehen weit über die organisierte Bewegung selbst hinaus, und sie sind vor allem im Kulturbetrieb zu Hause – auch dem etablierten. Das hat die „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ sehr deutlich werden lassen. Und das hat sich auch an der Documenta gezeigt. Statt sich mit der lange im Vorfeld geäußerten Kritik auseinanderzusetzen, hat man sie ignoriert, zurückgewiesen, verächtlich gemacht oder zu beschwichtigen versucht. Man hat versucht, den Antisemitismus von BDS klein zu reden oder weg zu definieren. Und dadurch hat man sich letztlich mit BDS gemein gemacht.